



Rat der
Europäischen Union

123641/EU XXVII. GP
Eingelangt am 07/12/22

Brüssel, den 29. November 2022
(OR. en)

15269/22

SOC 652

VERMERK

Absender: Vorsitz

Empfänger: Delegationen

Betr.: Die Rolle der Familienpolitik vor dem Hintergrund der demografischen
Entwicklungen in der EU
– Orientierungsvermerk des Vorsitzes

Im Hinblick auf die Aussprache während des Mittagessens auf der Tagung des Rates
(Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 8. Dezember 2022 erhalten
die Delegationen anbei einen Orientierungsvermerk des Vorsitzes zum eingangs genannten Thema.

Mittagessen – Die Rolle der Familienpolitik vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen in der EU

Familien sind die absoluten Grundbausteine der Gesellschaft, und ihr Wohlergehen bestimmt das soziale Klima insgesamt. Für die Entwicklung der Gesellschaft ist es daher wesentlich, Familien zu unterstützen. Durch gesellschaftliche Veränderungen erhöht sich die Vielfalt des Familienlebens. Zu den bedeutendsten Veränderungen gehören der Anstieg der Scheidungsquote, der Zahl der außerehelich geborenen Kinder und der Alleinerziehenden. Auch die Aufteilung und die gemeinsame Übernahme von Verantwortlichkeiten zwischen den Eltern verändern sich. All dies bedeutet hohe Anforderungen an eine inklusive Familienpolitik seitens des Staates.

Obwohl die Familienpolitik nicht in die Zuständigkeit der EU fällt, beeinflusst die EU Familien durch eine Reihe legislativer und nichtlegislativer Maßnahmen positiv. Dazu gehören beispielsweise die EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025, die EU-Kinderrechtsstrategie und die Empfehlung des Rates zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder. In der kürzlich veröffentlichten Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung wird die Bedeutung qualitativ hochwertiger, erschwinglicher und zugänglicher Betreuungs- und Pflegedienste und der Unterstützung formeller und informeller Pflegender hervorgehoben. Die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und die Richtlinie über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen haben zum Ziel, Familien- und Berufsleben leichter miteinander vereinbar zu machen, indem Arbeit vorhersehbarer gemacht, flexiblere Arbeitsregelungen gefördert und stärkere Anreize für Väter gesetzt werden, sich an Pflege- und Betreuungsleistungen zu beteiligen. Die Kohäsionsfonds und die nationalen Aufbaupläne im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität spielen eine wichtige Rolle, z. B. für die Einrichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen oder die Bereitstellung von Unterstützung für soziale Dienstleistungen sowie Pflege und Betreuung.

Viele Mitgliedstaaten verzeichnen einen langfristigen Geburtenrückgang und einen Anstieg der Lebenserwartung, was zu einer Alterung der Bevölkerung und zu Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung führt. 2018 betrug die Lebenserwartung bei der Geburt 78,2 Jahre für Männer und 83,7 Jahre für Frauen. Es wird erwartet, dass der Trend sich fortsetzt: Im Jahr 2070 geborene Männer würden durchschnittlich 86 Jahre leben und im selben Jahr geborene Frauen 90 Jahre. Bis 2070 wird der Anteil der Personen ab 65 Jahren 30,3 % der Bevölkerung (20,3 % im Jahr 2019) und der Anteil der Personen ab 80 Jahren 13,2 % der Bevölkerung (5,8 % im Jahr 2019) ausmachen. Dadurch werden die Sozialschutzsysteme, einschließlich Renten, Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege, stärker belastet, was sich auf die Finanzierung und Angemessenheit der Leistungen sowie auf die Nachfrage nach Pflegekräften auswirkt. Wegen des Rückgangs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist es unerlässlich, das Potenzial aller Generationen auszuschöpfen und ihre aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu fördern.

In diesem Zusammenhang können Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und die Unterstützung von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie verschiedene Formen der finanziellen Unterstützung und ein Steuer- und Sozialleistungssystem, das für Zweitverdiener in einem Haushalt keine negativen Arbeitsanreize schafft, sich positiv auf die Entscheidung, eine Familie zu gründen, und auf die Zahl der geplanten Kinder auswirken. In den Mitgliedstaaten gibt es verschiedene Maßnahmen zur Anerkennung des Werts der Erziehung und Betreuung von Kindern, z. B. in Form von Rentenansprüchen oder eines Bonus für Kindererziehung, wobei auch die Anerkennung verschiedener Formen der Partnerschaft und die Solidarität zwischen den Generationen in den Rentensystemen erörtert werden.

Vor diesem Hintergrund werden die Ministerinnen und Minister ersucht, sich zu folgenden Fragen zu äußern:

Welche konkreten Maßnahmen halten Sie in Bezug auf die Entscheidung von Familien, nach einem Kind Familienplanung zu betreiben oder zwei oder mehr Kinder zu haben, für ausschlaggebend? Konzentrieren Sie sich auf Familien im Allgemeinen oder haben Sie gezielte Maßnahmen für junge Familien, Familien mit drei oder mehr Kindern usw.?
